



Aktenzeichen: Pet 1-19-12-9202-049846

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 13.06.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass die Abschaffung von Benzin- und Dieselmotoren nicht stattfinden soll.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 200 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 42 Diskussionsbeiträge ein. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Zur Begründung der Petition wird im Wesentlichen ausgeführt, die Abschaffung von Benzin- und Dieselmotoren bei Kraftfahrzeugen führe zu einem erheblichen Anstieg des Strompreises sowie zu Einnahmeausfällen durch den Wegfall der Mineralölsteuer. Die durch die Abschaffung von Verbrennungsmotoren bedingte generelle Strompreissteigerung wirke sich nicht nur auf Inhabende von Kraftfahrzeugen aus, sondern auf alle Bürgerinnen und Bürger und müsse daher unterbleiben.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Ausschuss teilt einführend mit, dass Deutschland sich völkerrechtsverbindlich dazu verpflichtet hat, seinen Treibhausgasausstoß in den nächsten Jahren sehr deutlich zu reduzieren und damit seinen Beitrag zur Eingrenzung der Erderwärmung beizutragen.



Nach Einschätzung des Weltklimarates (IPCC) wären die langfristigen Folgen bei Nichthandeln verheerend. Die Kosten aus den langfristigen Schäden des Klimawandels würden die Kosten der Maßnahmen zu seiner Begrenzung bei Weitem übersteigen. Die wirksamste Maßnahme zur Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Reduzierung im Bereich des Pkw-Verkehrs ist die Umstellung vom Verbrennungsmotor auf Elektroantrieb. Diese wird in Europa nach Vorschlägen der EU-Kommission und der Bundesregierung spätestens bis zum Jahr 2035 vollzogen sein, sodass ab diesem Datum in der Regel keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor in Europa mehr neu zugelassen werden können. Der Ausschuss erklärt, dass sich das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) dafür einsetzt, dass auch nach 2035 die Zulassung neuer Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor möglich sein soll, wenn diese ausschließlich mit synthetischen Kraftstoffen betankt werden.

Die Sorge, dass die Umstellung auf Elektrofahrzeuge aufgrund des zusätzlich erforderlichen Strombedarfs zu starken Strompreissteigerungen führen könnte, ist nach Prognosen der Bundesregierung (sog. Langfristszenarien, siehe auch <https://www.langfristszenarien.de>) unbegründet. Hierfür sprechen zwei Argumente: Zum einen ist der Energiebedarf von Elektrofahrzeugen im Vergleich zu Verbrennungsmotoren sehr deutlich reduziert. Verbraucht ein effizienter Verbrenner mit einem Verbrauch von 5,7 Litern Benzin auf 100 Kilometern (km) insgesamt knapp 50 Kilowattstunden (kWh) Energie (ein Liter Benzin hat einen Energiegehalt von 8,7 kWh), so benötigen Elektroautos für die gleiche Strecke etwa nur 20 kWh Strom. Die erforderliche Energiemenge reduziert sich also drastisch (in diesem Beispiel um etwa 60 Prozent). Dies ist der Grund, weswegen die für die Umstellung erforderliche Strommenge nicht so stark ansteigen wird wie befürchtet.

Der zweite Grund, warum Experten über die nächsten Jahre nicht von steigenden Strompreisen ausgehen, liegt in der Energiewende begründet. Mittlerweile sind die Kosten für Strom aus erneuerbaren Quellen (in Deutschland vor allem Wind- und Sonnenenergie) günstiger als aus fossilen Quellen (Gas, Kohle). Ein Zubau von Wind- und Solarkraftwerken wird den Mehrbedarf an Strom im Verkehrssektor, der durch die Umstellung von Öl auf Strom entsteht, nach allen Prognosen ausgleichen können, wenngleich der Strombedarf des Verkehrssektors deutlich steigen wird. Für Zeiten einer



Nichtverfügbarkeit dieser Energieträger werden Reservekraftwerke (in der Regel Gaskraftwerke) bereitgehalten. Diese werden in Zukunft mit aus erneuerbaren Quellen produziertem (und ggf. zwischengespeichertem) Wasserstoff betrieben.

Die gegenwärtig stark angestiegenen Strompreise haben ihre Ursache in den Preisschocks auf den konventionellen Energiemärkten, insbesondere auf dem Gasmarkt, auch infolge der geopolitischen Krise. Tatsächlich trägt die Energiewende dazu bei, diesen Preissteigerungen zu begegnen und Energie ohne schädliche Klimaauswirkungen langfristig bezahlbar zu halten.

Die Steuern auf konventionelle Kraftstoffe werden mit deren Wegfall in Zukunft auf einer alternativen Grundlage erhoben werden müssen, wenn die Effekte für den Staatshaushalt bei Wegfall der Einnahmen aus der Mineralölsteuer insgesamt unverändert bleiben sollen. Eine aufkommensneutrale Veränderung der Besteuerungsgrundlage würde für die Bürgerinnen und Bürger in Summe keine Veränderung ihrer Steuerlast bedeuten.

Abschließend ist festzuhalten, dass dem Anliegen der Petition, die Abschaffung von Benzin- und Dieselmotoren zu verhindern, insoweit Rechnung getragen wird, dass die Bundesregierung in den Verhandlungen zur einschlägigen Verordnung (EU) 2019/631 einen Erwägungsgrund einbringen konnte, nach dem die Möglichkeit geschaffen wird, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor zuzulassen, die ausschließlich mit CO₂-neutralen Kraftstoffen betrieben werden. Vorher zugelassene Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor können weiter betrieben werden. Im Übrigen vermag der Petitionsausschuss keinen parlamentarischen Handlungsbedarf zu erkennen. Der Ausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist. Der von den Fraktionen der CDU/CSU und AfD jeweils gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und dem Europäischen Parlament zuzuleiten, wurde mehrheitlich abgelehnt.